

Kriege der Moderne

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Hans-Peter Kriemann

Der Kosovokrieg 1999

Reclam

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr,
Fachbereich Publikationen (0869-01)

2019 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Umschlagabbildung: Oliver Eckstein – Zwei ECR-Tornados über Piacenza
im Frühjahr 1999: Rückkehr von einem Einsatzflug der Operation Allied Force

Druck und Bindung: Firmengruppe APPL, aprinta druck GmbH,
Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Printed in Germany 2019

RECLAM ist eine eingetragene Marke der

Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-011212-0

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

- 1 Jetzt ist Krieg 7
 - 2 Jugoslawien als Bewährungsprobe für internationalen Frieden und Sicherheit 15
 - Der Zerfall Jugoslawiens 15
 - Politische Lösungsversuche 24
 - 3 Militärische Planungen und Kriegsbild 37
 - Die operativen Planungen der NATO 37
 - Der Konflikt spitzt sich zu 50
 - 4 Hineingerutscht? – Der Krieg beginnt 59
 - Ein kurzer Krieg 59
 - Der Krieg weitet sich aus 66
 - 5 Der Weg aus dem Krieg 77
 - Die Wiederbelebung der Politik 77
 - Milošević lenkt ein 91
 - 6 Die Logik moderner Kriege – An der Schwelle zum Bodenkrieg 107
 - 7 Einsatzerfahrungen: Entscheidend ist das Gefühl, das Richtige zu tun 119
 - 8 Fazit: Der Kosovokrieg – Wegmarke humanitärer Interventionen? 139
- Anhang
- Zeittafel 153
 - Literaturhinweise 156
 - Abbildungsverzeichnis 158
 - Personenregister 159

- **Turbulente Szene auf der Bundesversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen am 13. Mai 1999: Außenminister Joschka Fischer wird von einem Farbbeutel am Ohr getroffen.**



1 Jetzt ist Krieg

Am 13. Mai 1999 braute sich in der Bielefelder Seidensticker Halle ein innerparteiliches Gewitter zusammen, wie es die maßgeblich aus der Friedensbewegung hervorgegangene Partei Bündnis 90 / Die Grünen noch nicht erlebt hatte. Die Stimmung war aufgeladen. Im Eingangsbereich der Halle spielten sich turbulente Szenen ab. Polizisten mussten den Weg zum Tagungsort freiräumen, den Demonstranten blockiert hatten. Außenminister Joschka Fischer betrat die Halle durch einen Hintereingang. Er wurde von Sprechchören und Trillerpfeifen empfangen; Transparente hingen von den Geländern der Tribüne herab.

Gegen 10 Uhr begann mit einstündiger Verspätung die Bundesdelegiertenkonferenz, bei der es um die Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Einsatz im Kosovokrieg ging. Während sich Fischer auf dem Podium sitzend auf seine Rede vorbereitete, traf ihn um 10.40 Uhr ein mit roter Farbe gefüllter Beutel am rechten Ohr. Sein Ohr war danach fast taub, doch er blieb auf der Bühne und trat um 12.05 Uhr entschlossen

ans Rednerpult. Sprechchöre beschimpften ihn als »Mörder, Kriegshetzer, Verbrecher«. »Bodenkrieg in Bielefeld« titelte die *taz* hinterher. Fischer hielt die wohl wichtigste Rede seines Lebens:

Jetzt ist Krieg, ja. Und ich hätte mir nie träumen lassen, dass Rot-Grün mit im Krieg ist. Aber dieser Krieg geht nicht erst seit 51 Tagen, sondern seit 1992 [...]. Er hat mittlerweile Hunderttausenden das Leben gekostet, und das ist der Punkt, wo Bündnis 90 / Die Grünen nicht mehr Protestpartei sind. [...] ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus! Beides gehört für mich zusammen. [...] Ich halte zum jetzigen Zeitpunkt eine einseitige Einstellung, eine unbefristete Einstellung der Bombenangriffe für das grundfalsche Signal. Milošević würde dann nur gestärkt und nicht geschwächt. Ich werde das nicht umsetzen, wenn ihr das beschließt – damit das klar ist.

Mit diesen Worten beschwor Fischer die Delegierten, ihm Rückhalt für eine rot-grüne Außenpolitik zu geben, welche die seit dem 24. März 1999 andauernden Luftschläge der NATO zur Beendigung des Kosovo-Konflikts auch durch die Entsendung deutscher Kampfflugzeuge mitrug. Damit verantwortete der erste grüne Außenminister eine Politik, die er selbst nur sechs Jahre zuvor als Machtpolitik und Zeichen neuerlicher Militarisierung verurteilt hatte. Sowohl 1993 als auch 1999 hatte Fischer mit dem Verweis auf Auschwitz Lehren aus der deutschen Geschichte für die Gegenwart abgeleitet und damit seine Haltung begründet.

Wie die anschließende Abstimmung auf dem Parteitag zeigte, gelang es ihm mit seinem leidenschaftlichen Auftritt, die Mehrheit der Delegierten für den Antrag des Bundesvorstandes zu gewinnen. Dieser plädierte für einen befristeten Bombardierungsstopp, um Zeit für die politische Konfliktlösung zu gewinnen. Im Gegensatz dazu hatte die Parteilinke eine unbefristete, sofortige Einstellung der NATO-Luftschläge gefordert. Die Debatte war deshalb so heikel, weil es in ihr um nichts Geringeres als den Fortbestand der rot-grünen Regierungskoalition ging, denn für die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Vizekanzler Joschka Fischer war die

deutsche Unterstützung des Luftkriegs unstrittig. Ein Abstimmungserfolg der Parteilinken hätte daher nach kaum sieben Monaten zum Ende der Koalition geführt.

Sowohl die Ereignisse des Parteitags als auch Fischers Überzeugung, dass die Beendigung einer humanitären Katastrophe und der Schutz der Menschenrechte den Einsatz militärischer Gewalt selbst ohne UN-Mandat notwendig machen können, sind symptomatisch für die innenpolitische Debatte über die zukünftige Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Kosovokonflikt ist ein Beispiel dafür, dass die internationale Staatengemeinschaft häufig gezwungen ist, auf massenhafte Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen eines souveränen Staates an seiner eigenen Bevölkerung zu reagieren.



Ununterbrochen strömten im Frühjahr 1999 Flüchtlinge aus dem Kosovo über die Grenzen nach Albanien und Mazedonien. Der Kosovokonflikt führte zu massenhaften Vertreibungen ethnischer Albaner.

Mit der Epochenwende der Jahre 1989 bis 1991 hatte sich zwar die liberale Weltordnung nicht durchgesetzt – entgegen der These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama (*Das Ende der Geschichte*) –, doch hofften viele Zeitgenossen auf »ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit«. So zumindest hieß es in der »Charta von Paris für ein neues Europa« vom 21. November 1990, der Erklärung des KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs, die das Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas dokumentiert. Dies galt insbesondere für die Deutschen, deren geteiltes Land sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs genau an der Grenze zwischen den widerstreitenden Systemen befunden hatte. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die Abgrenzung vom NS-Regime und seinen Verbrechen war dabei identitätsstiftend für die bundesdeutsche Gesellschaft. Von deutschem Boden sollte kein Krieg mehr ausgehen, lautete das Paradigma. Beflügelt durch die deutsche Wiedervereinigung erhoffte man sich eine sogenannte Friedensdividende. Demnach sollte der Staatshaushalt durch geringere Ausgaben für die Verteidigung entlastet werden. So mancher fragte sich, wozu es eigentlich noch Streitkräfte brauche, wenn Deutschland nur noch »von Freunden umzingelt ist« (Volker Rühle). Doch kaum waren acht Jahre vergangen, beteiligte sich die Bundesrepublik Deutschland mit Kampfflugzeugen an der NATO-Operation Allied Force, einem Luftkrieg des Bündnisses gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Dabei handelte es sich um den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, und er fand statt, ohne dass ein UN-Mandat vorgelegen hätte.

Der Weg in diesen ersten Kampfeinsatz war verschlungen und äußerst umstritten. Er begann bei den massiven Veränderungen des internationalen Mächtesystems seit dem Ende des Kalten Krieges. Deutschland und andere Staaten standen vor einer grundlegend veränderten außen- und sicherheitspolitischen Lage, die durch Staatszerfall und bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen geprägt war. Die Entwicklung in Jugoslawien war hierfür ein klassisches Beispiel. Die deutsche Bundesregierung sah sich daher zunehmend zur Beteiligung an multinationalen militärischen Missionen in international bewaffneten Konflikten gezwungen. Dies führte allerdings zu heftigen innenpolitischen Kontroversen. In den Augen der breiten Öffentlichkeit diente die Bundeswehr damals in erster Linie der Landes- und Bündnisverteidigung.

Nun ging es aber um die Frage, ob das Grundgesetz Auslandseinsätze außerhalb des NATO-Gebiets (*out-of-area*) überhaupt zulasse und welche Rolle der Bundestag dabei spielen sollte.

Der Zweite Golfkrieg einer internationalen Koalition gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein hatte die Bundesregierung zum Jahresbeginn 1991 damit konfrontiert, dass ihre Partner eine militärische Beteiligung Deutschlands wünschten. Damit begann eine intensive innenpolitische Debatte über die zukünftigen Aufgaben deutscher Streitkräfte. Die Bandbreite der Positionen reichte dabei von der Abschaffung der Bundeswehr über ihre Entsendung im Rahmen humanitärer Hilfe bis hin zur Auffassung, dass ihr bewaffneter Einsatz auch außerhalb der Bündnisverteidigung durch das Grundgesetz bereits gedeckt sei.

Angesichts dieser Uneinigkeit sah sich die Bundesregierung zunächst nicht oder nur eingeschränkt in der Lage, ihre Bündnispartner militärisch zu unterstützen. Da ihre »Scheckbuchdiplomatie«, also eine hauptsächlich finanzielle Hilfe, auf Kritik stieß, geriet sie zunehmend unter außenpolitischen Druck. Das betraf seit 1992 auch die internationalen Einsätze auf dem Balkan. Aufgrund des innenpolitischen Streits über den Einsatz der Bundeswehr beschränkte sich die Bundesrepublik im Frühjahr 1992 zunächst auf die Entsendung des Sanitätsdienstes nach Kambodscha und beteiligte sich an der internationalen Luftbrücke zur Versorgung der in Sarajevo eingeschlossenen Bevölkerung.

Eine logistische Unterstützung in Somalia (UNOSOM II) 1993/94 schien der Regierung zunächst ebenfalls gut vermittelbar. Doch gerade bei diesem Einsatz versuchten der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Volker Rühle den deutschen militärischen Beitrag schrittweise zu erhöhen – in ihren Augen eine Normalisierung der sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands. Für die SPD war das ein Versuch, die Verfassung mittels Regierungspraxis durch die Hintertür zu ändern. Also rief die SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 1993 das Bundesverfassungsgericht an. Wenige Wochen zuvor hatte sie bereits gemeinsam mit der FDP gegen die deutsche Beteiligung an den AWACS-Aufklärungsflügen über der Adria geklagt, denn der multinationalen NATO-Besatzung der in Geilenkirchen bei Aachen stationierten Flugzeuge gehörten auch deutsche Soldaten an. Ihr Hauptargument war, dass die Bundesregierung das Mitwirkungsrecht des Bundestags verletzt habe, indem sie eigenmächtig über den Auslandseinsatz deut-



Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, v. l. n. r. Paul Kirchhof, Jutta Limbach, Hans Hugo Klein, Konrad Kruis und Berthold Sommer, entschied am 12. Juli 1994, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr verfassungsrechtlich zulässig seien. Jeder Einsatz der Bundeswehr benötigt allerdings die vorherige Zustimmung des Deutschen Bundestags.

scher Soldaten entschieden habe. Erst das Urteil vom 12. Juli 1994 schuf rechtliche Klarheit. Damit war der bewaffnete Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland möglich, bedurfte aber einer vorherigen konstitutiven Zustimmung. Von einem fraktionsübergreifenden Einvernehmen im Deutschen Bundestag konnte jedoch immer noch keine Rede sein. In den folgenden Jahren lotete die schwarz-gelbe Koalition (CDU/CSU und FDP) die Einsatzmöglichkeiten deutscher Streitkräfte vor allem über die Beteiligung an den internationalen Missionen zur Bewältigung der Kriege und Konflikte auf dem Balkan sukzessive aus. Sowohl die Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Luftoperation Deliberate Force zur Beendigung des Bürgerkriegs in Bosnien-Herzegowina im Spätsommer 1995 als auch die Unterstützung der folgenden IFOR- und SFOR-Missionen (zunächst Implementation Force IFOR, seit Ende 1996 Stabilization Force SFOR) mit Landstreitkräften in Stärke von 2200



AWACS-Aufklärungsflugzeug E-3A. Ein Airborne Early Warning and Control System ist ein fliegendes Radarsystem, dessen Zweck die luftgestützte Luftraumaufklärung und -überwachung ist. Es dient zudem als Einsatzleitzentrale, um Verbände oder Einheiten dirigieren zu können.

Mann zeigten, in welchem Ausmaß sich der Auftrag der Bundeswehr zu wandeln begonnen hatte. Einsätze schienen nunmehr unter der Prämisse eines Mandats der Vereinten Nationen (UN) sowie der Vermeidung von Kampfeinsätzen, insbesondere von Landstreitkräften, möglich.

Die deutsche Beteiligung am Kosovokonflikt stellte jedoch genau diesen Konsens infrage, denn im Endeffekt nahmen deutsche Kampfflugzeuge an der Luftkriegsoperation Allied Force *ohne* UN-Mandat teil. Sogar die Mitwirkung deutscher Landstreitkräfte an einer Angriffsoperation auf das Kosovo wurde in politischen und militärischen Führungskreisen diskutiert. Das deutsche KFOR-Kontingent (Kosovo Force), das mit einer Mandatsobergrenze von bis zu 8500 Soldaten bis heute das größte in der Geschichte der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist, marschierte nach Kriegsende schließlich mit einem Stabilisierungsauftrag in das Kosovo ein. Somit stellt dieser Einsatz eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der Bundeswehr dar. Er markiert einen neuen

Abschnitt in der Geschichte deutscher Streitkräfte, der in stärkerem Maße einen Wandel der Bundeswehr auf allen Ebenen nach sich zog. Damit wurde ein Prozess eingeleitet, der die Bundeswehr schließlich zu einer Armee im Einsatz werden ließ, wie wir sie heute kennen.

Diese Entwicklung konnte zu Beginn des Jahres 1998 niemand vorhersehen. Die grauenvollen Ereignisse im Kosovo, die sich seit dem Frühjahr 1998 quasi vor der eigenen Haustür abspielten, übten vor allem auf die europäischen Regierungen einen enormen Handlungsdruck aus. Angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen stellte sich die berechnete Frage, ob das Bekenntnis der Charta von Paris am Ende ein Lippenbekenntnis blieb. Wie sah die Zukunft Europas aus, wenn es der planmäßigen Vertreibung und der Ermordung von Mit-Europäern tatenlos zusah?

- **Mit Schlagstöcken gehen serbische Polizisten am 2. März 1998 gegen Kosovo-Albaner in Priština vor, die friedlich für mehr Autonomie demonstrieren.**



2 Jugoslawien als Bewährungsprobe für internationalen Frieden und Sicherheit

Der Zerfall Jugoslawiens

Die Wurzeln jener Ereignisse, die schließlich zur Gewalteskalation im Kosovo im Frühjahr 1998 und dann zum Krieg geführt haben, reichen tief. Spätestens mit der Aufhebung der Autonomie des Kosovo durch den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević 1989/90 begann die unmittelbare Vorgeschichte dieser fatalen Entwicklungen. Die Kosovo-Albaner fühlten sich durch diesen Akt tief gedemütigt. Ihre Bestrebungen waren nun darauf gerichtet, die unter Staatspräsident Josip Broz Tito in den 1960er Jahren errungene Autonomie zurückzuerlangen.

Die internationale Gemeinschaft hatte zu dieser Zeit jedoch andere Sorgen. Einerseits beanspruchte der zu Ende gehende Kalte Krieg ihre



Unter dem kommunistischen Staatschef Jugoslawiens Josip Broz Tito (1892–1980) wurde das Kosovo eine autonome Provinz. Diese formelle Besserstellung erhöhte jedoch seine Abhängigkeit von der Republik Serbien.

volle Aufmerksamkeit. Andererseits wollte sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einmischen. Erst die Krisen und Konflikte des zerfallenden Jugoslawiens sollten dazu führen, dass sich im folgenden Jahrzehnt ein Interventionismus entwickelte und sich das Gewaltmonopol von der UN zu regionalen Bündnissen verschob.

Der Weg in den Krieg begann bereits nach dem Tod Titos 1980. Jugoslawien geriet immer tiefer in eine Systemkrise, für die eine Vielfalt politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialpsychologischer Gründe verantwortlich war. Die Versuche Titos, die nationalen Gegensätze zu überwinden, täuschten darüber hinweg, dass ethnische Vorurteile und Misstrauen in Jugoslawien weit verbreitet und tief verwurzelt waren. Die daraus resultierenden Selbständigkeitsbestrebungen führten schließlich zum Zerfall des Vielvölkerstaates.

Den Anfang machten Slowenien und Kroatien. Als die beiden Teilrepubliken am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit erklärten, kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Posten slowenischer

Grenzkontrollstationen und der Jugoslawischen Volksarmee. Diese endeten bereits nach zehn Tagen. Zeitgleich war es auch zu Kämpfen zwischen bewaffneten Serben und kroatischen Sicherheitskräften gekommen. Seit dem Spätsommer 1991 herrschte in Kroatien trotz internationaler Vermittlungsbemühungen ein blutiger Bürgerkrieg.

Im Kern ging es bei den Auseinandersetzungen um die Frage nach den Grenzen der Nachfolgestaaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, die sich 1992 endgültig auflöste. Mehr als zwanzig südslawische Volksgruppen lebten in geografisch eng miteinander verschränkten Gebieten. Die Bildung ethnisch definierter Nationalstaaten musste zwangsläufig unlösbare Grenzkonflikte aufwerfen.

Trotz vereinzelter internationaler Bemühungen, den Vielvölkerstaat zu erhalten, schritt der Staatszerfall Jugoslawiens voran. Der deutschen Bundesregierung erschien dabei von Anfang an eine Internationalisierung des Konflikts als die einzig erfolgversprechende Lösung zur Beendigung des Bürgerkriegs. Gleichzeitig war Deutschland aber überzeugt davon, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker Grundlage des Miteinanders in Europa und unabdingbar für eine erfolgreiche Vertiefung der europäischen Integration war. Mit der vorgezogenen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens am 23. Dezember 1991 setzte die deutsche Bundesregierung daher die anderen EG-Mitgliedstaaten unter Zugzwang. Die schließlich zum vereinbarten Termin am 15. Januar 1992 erfolgte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens schuf der internationalen Gemeinschaft zwar neue Möglichkeiten zur Konfliktbewältigung und zum Schutz der nun souveränen Staaten, mit ihr war aber auch die Büchse der Pandora geöffnet worden. Der »Spaltpilz«, wie der Historiker Holm Sundhaussen die Entwicklung charakterisierte, begann sich von Norden nach Süden über das gesamte ehemalige Jugoslawien auszubreiten. Mazedonien etwa, welches trotz seines Unabhängigkeitsantrags vom 23. Dezember 1991 aufgrund einer Intervention Griechenlands erst später mit der Bezeichnung Former Yugoslav Republic of Macedonia (»Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien«) anerkannt worden war, sollte noch im Jahr 2000 von ethnischen Unruhen erschüttert werden.

Von Kroatien griff der Krieg jedoch zunächst auf Bosnien-Herzegovina über. Die Europäer wurden Zeugen von Kriegsgräueln, die viele für Phänomene einer längst überwundenen Epoche gehalten hatten. In

Grenzsituation im ehemaligen Jugoslawien 1999





dem dreieinhalbjährigen Bürgerkrieg kam es zu Massenmorden und Vergewaltigungen; es wurde geraubt, geplündert und gebrandschatzt, oft genug im Zusammenhang mit systematischen Vertreibungen, die der Homogenisierung der einheimischen Bevölkerung dienen sollten, den sogenannten »ethnischen Säuberungen«. Die vom Frühjahr 1992 bis zum Herbst 1995 eingeschlossene Stadt Sarajevo wurde die am längsten belagerte Stadt in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts; dabei war sie noch 1984 friedlicher Schauplatz der Olympischen Winterspiele gewesen. Acht Jahre später feuerten serbische Truppen Mörsergranaten in die Stadt und zerfetzten Menschen, die für Brot anstanden. War dies das neue Europa der Demokratie, des Friedens und der Einheit?

Das Entsetzen und die Entrüstung der Weltöffentlichkeit war groß, zumal die internationale Gemeinschaft hilflos zusehen musste. Weder Handelsembargos noch Flugverbotszonen noch Verhandlungen ent-



Auch mehr als zehn Jahre nach dem Krieg in Bosnien-Herzegowina sind Wissenschaftler mit der Exhumierung von Opfern der »ethnischen Säuberungen« beschäftigt, August 2008.

schärften den Konflikt. Die Konfliktparteien, bosnische Serben, Bosniaken und bosnische Kroaten, brachen Dutzende Waffenstillstände. Die im Frühjahr 1992 entsandte United Nations Protection Force (UNPROFOR) verfügte weder über genügend Soldaten und Ausrüstung noch über die rechtliche Legitimation, um die Konfliktparteien zu trennen. Im Gegenteil, sie wurde sogar selbst in die Auseinandersetzung verwickelt. Tragischer Höhepunkt und Sinnbild dieser Entwicklung war die Ermordung von etwa 7000 bis 8000 muslimischen Jungen und Männern in der von den Truppen des bosnisch-serbischen Generals Ratko Mladić eingeschlossenen Stadt Srebrenica im Juli 1995. Im Glauben, sich und ihre Familien durch die Flucht in die UN-Schutzzone Srebrenica retten zu können, waren Tausende bosnische Muslime in die Stadt gekommen. Während ein Bataillon niederländischer UN-Friedenstruppen (»Blauhelme«) selbst zu Geiseln Mladićs wurde, begannen dessen Truppen unter den Augen der Weltöffentlichkeit mit den systematischen Morden.

Die **United Nations Organization** (Vereinte Nationen, kurz UN, VN oder UNO) ist ein Zusammenschluss vieler Staaten mit Sitz in New York. Ihr gehören fast alle Staaten der Erde an. Die UNO wurde nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 gegründet und will verhindern, dass sich solche Kriege wiederholen. Ihr Ziel ist der Erhalt des Weltfriedens sowie der internationalen Sicherheit und die freundschaftliche Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. Sie setzt sich für den Schutz der Menschenrechte ein. Bei Problemen zwischen Staaten hat sie eine Mittlerfunktion. Der UN-Sicherheitsrat ist verantwortlich für die Beilegung von Konflikten zwischen Ländern. Als »ständige Mitglieder« sind in ihm die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien vertreten. Diese Länder haben ein Vetorecht. Das heißt, sie können Entscheidungen verhindern, die nach dem Mehrheitsprinzip von den Mitgliedsstaaten beschlossen wurden.

Die Vorgehensweise der internationalen Gemeinschaft bei Bedrohung oder Bruch des Friedens regelt Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen. Zur Wahrung der internationalen Sicherheit können wirtschaftliche (Artikel 41) und militärische Zwangsmaßnahmen (Artikel 42) beschlossen werden.

Die **North Atlantic Treaty Organization** (Nordatlantikpakt, kurz NATO) wurde 1949 von den USA, Kanada und zehn europäischen Staaten gegründet. Durch dieses Militärbündnis sollten die kommunistischen Staaten davon abgehalten werden, gegen den Westen Krieg zu führen. Nach dem Ende des Kalten Krieges änderten sich die Ziele der NATO. Seit 1991 entwickelte sie sich von einer reinen Verteidigungsorganisation zu einer Organisation, die sich weltweit für Frieden und Freiheit einsetzt. In den 1990er Jahren gehörten ihr 16 Staaten an. Mit der Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik im Jahr 1999 stieg die Zahl ihrer Mitgliedsstaaten auf 19 an; heute (2019) sind es 29 Staaten. Das NATO-Hauptquartier hat seinen Sitz in Brüssel. Das ihm unterstellte Supreme Headquarters Allied Powers Europe (Oberstes Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa, kurz SHAPE) ist im belgischen Mons angesiedelt. Der Supreme Allied Commander Europe (Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa, kurz: SACEUR) führt das SHAPE-Hauptquartier. Er ist immer ein US-General oder US-Admiral und kommandiert auch die in Europa stationierten US-Truppen. Für mehr Informationen siehe Seite 38/39.

Bereits 1994 hatte die NATO den militärischen Druck auf die Kriegsparteien deutlich erhöht und am 28. Februar 1994 vier Super-Galeb-Kampflugzeuge der bosnischen Serben abgeschossen. Die NATO-Angriffe auf serbische Flugzeuge und Bodenziele wegen Verletzung der Flugverbots- bzw. der waffenfreien Zone beantworteten die bosnischen Serben, indem sie sich an der Zivilbevölkerung rächten oder UNPROFOR-Soldaten als Geiseln nahmen. Damit trafen sie die westlichen Staaten an ihrer verwundbarsten Stelle, da deren Politik vom Rückhalt in der Bevölkerung abhängig war, die weder eigene Verluste noch den Mord an Zivilisten tolerierte. Gleichwohl hielt die NATO an ihrem Kurs fest.

Im Frühjahr 1995 waren bereits von den USA geschulte kroatische und bosnische Kämpfer zum Einsatz gekommen, und die europäischen NATO-Staaten entsandten im Sommer 1995 eine 10 000 Mann starke und kampfkraftig bewaffnete Schnelle Eingreiftruppe aus britischen, französischen und niederländischen Einheiten, während die NATO eine groß angelegte Luftoperation mit mehr als 300 Flugzeugen vorbereitete. Zwei Tage, nachdem am 28. August 1995 bei einem Angriff serbischer



V. l. n. r.: Serbiens Präsident Milošević, sein bosnischer Amtskollege Izetbegović und der kroatische Präsident Tudjman paraphieren in Anwesenheit des US-Außenministers Warren Christopher in der Nähe von Dayton den Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina. Er wird im Dezember 1995 in Paris unterzeichnet.

Mörser auf dem Markale-Platz in Sarajevo 37 Zivilisten den Tod gefunden hatten, begann die NATO die Luftoperation Deliberate Force. Auf der Basis eines UN-Mandats nahmen ihre Kampfflugzeuge serbische Stellungen unter massiven Beschuss. Am Boden stand die Schnelle Eingreiftruppe zur Unterstützung der UNPROFOR bereit.

Auch die Bundeswehr beteiligte sich an diesem Einsatz. Das im norditalienischen Piacenza stationierte Einsatzgeschwader 1 der Luftwaffe hatte am 7. August 1995 Einsatzbereitschaft gemeldet. Die acht ECR-Tornados (*Electronic Combat and Reconnaissance*, dt. »Elektronische Kampfführung und Aufklärung«) und die sechs RECCE-Tornados (von *reconnaissance*, dt. »Aufklärung«) der Luftwaffe hatten unterschiedliche Aufgaben: Die ECR-Tornados schützten jene NATO-Flug-

zeuge, die zur Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe eingesetzt wurden, indem sie serbische Flugabwehrraketenstellungen mithilfe ihrer HARM-Raketen (*High Speed Anti-Radiation Missile*, also eine Luft-Boden-Rakete zur Bekämpfung von bodengestützten Radaranlagen) bekämpften. Die RECCE-Tornados trugen durch ihre Aufklärungsergebnisse im Rahmen der Luftraumüberwachung indirekt zum Schutz der Eingreiftruppe bei.

Dank der veränderten Kräfteverhältnisse gelang es am 12. Oktober 1995 schließlich, einen Waffenstillstand auszuhandeln. Abgeschirmt von der Außenwelt stimmten die Vertreter der Konfliktparteien, der serbische Präsident Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tudjman und der Vorsitzende im bosnisch-herzegowinischen Präsidium Alija Izetbegović, auf der Luftwaffenbasis Wright-Patterson bei Dayton (Ohio) am 21. November 1995 einem Vertrag zu, der Waffenstillstandsvereinbarungen und die Schaffung einer neuen Staatsordnung in Bosnien-Herzegowina beinhaltete. Er wurde am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet. Mit diesem sogenannten Abkommen von Dayton endete der Krieg in Bosnien-Herzegowina.

Politische Lösungsversuche

Nicht Teil des Dayton-Abkommens war das Kosovo, eine serbische Provinz der 1992 aus Serbien und Montenegro gegründeten Bundesrepublik Jugoslawien (Hauptstadt Belgrad). Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend: Zum einen gehörte das Kosovo staatsrechtlich zu Serbien, zum anderen sollte durch die heikle Frage nach seinem Status die Chance auf die Beilegung des bosnischen Bürgerkriegs nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Zeitgleich zu den Entwicklungen in den jugoslawischen Teilrepubliken hatte auch im Kosovo ein Loslösungsprozess begonnen. Der Unterschied bestand jedoch darin, dass das Kosovo im Gegensatz zu den Teilrepubliken nicht nur eine serbische Provinz war, sondern auch die serbische Identität prägte. So liegt das Amselfeld im Kosovo, auf dem 1389 eine schicksalhafte Schlacht zwischen Serben und Osmanen stattfand. Nach dem Verlust ihrer Autonomie waren die Lebensbedingungen für die muslimischen Kosovo-Albaner schwierig geworden. Albanische

Politiker wurden verfolgt, es gab ungeklärte Todesfälle Inhaftierter, massenhafte Entlassungen aus öffentlichen Einrichtungen, Verfolgung von Journalisten und Einschränkungen der Pressefreiheit. Das öffentliche Leben war von Serben dominiert, obwohl diese nur 9,9 Prozent der Bevölkerung ausmachten, während 81,6 Prozent albanischer Abstammung waren.

In einer geheimen Sitzung verabschiedete das kurz zuvor von den Serben aufgelöste Kosovo-Parlament am 7. September 1990 eine Verfassung, in der die Unabhängigkeit der serbischen Provinz erklärt wurde. In einem Referendum vom 26. bis 30. September 1991 erklärten die Kosovo-Albaner ein Jahr später in Priština (alb. Prishtina) ihre Unabhängigkeit. Aus den international nicht anerkannten Parlamentswahlen am 24. Mai 1992 ging die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) als Sieger hervor. Ihr Führer Ibrahim Rugova wurde zum Staatspräsidenten gewählt. Rugova verfolgte einen gewaltfreien Kurs zur Unabhängigkeit. Doch angesichts der immer unerträglicheren serbischen Herrschaft im Kosovo wuchs die Zahl der Unzufriedenen. Die kosovarische Gesellschaft begann sich zu spalten und die Zeit, in der eine internationale Konfliktlösung noch Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, verstrich ungenutzt.

Mit Blick auf die beunruhigende Entwicklung im Kosovo drohte die US-Regierung unter George Bush Ende 1992 Milošević unmissverständlich: »Im Fall eines Konfliktes im Kosovo, durch serbische Aktionen ausgelöst, sind die USA bereit, militärische Gewalt gegen die Serben im Kosovo und in Serbien selbst einzusetzen.« Dennoch galt die internationale Aufmerksamkeit damals im Wesentlichen der Beilegung des



Ibrahim Rugova (1944-2006) gilt als zentrale Figur des gewaltfreien Kampfes der Kosovo-Albaner. Er war Schriftsteller, Mitgründer und Vorsitzender der Demokratischen Liga des Kosovo. Von 2002 bis 2006 war er Präsident des Kosovo.